

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 21

Ercheinungstag: Samstag
Verkaufspreis vierteljährlich 1.50 RM. Nur Postbest.
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 15. Mai 1932

Verlag: Buchverlag, Berlin G2, Neuer Markt 6-12 IV
Fernruf: Berlin 62, Kupfergraben 1129.
Eingelassen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Endlich Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsbeschaffung?

Arbeitszeitverkürzung?

Unsere Mitglieder sind durch eine ausführliche Berichterstattung in Nr. 28/1931 davon unterrichtet, daß die Reichsregierung damals — den Einwänden der Unternehmervertreter folgend — die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden auf die lange Bank geschoben hat. Mit einigen schönen Redensarten glitt man über die wichtigste Angelegenheit der Zeit hinweg. Die Zwischenzeit hat gelehrt, daß die Beurteilung der Haltung der Regierungsvertreter in der wirklich denkwürdigen Verhandlung vom 24. Juni 1931 durch unsere „Buchbinder-Zeitung“ den Nagel auf den Kopf traf. Man hatte geredet und damit so getan, als ob man etwas tun wollte, obwohl man im Ernst gar nicht daran dachte.

Inzwischen sind zehn kostbare Monate ins Land gegangen, während denen es still geworden ist. Nur unsere Gewerkschaften und deren Zeitungen haben keine Ruhe gelassen und bei allen Gelegenheiten die Verkürzung der Arbeitszeit als das dringendste Erfordernis nach wie vor bezeichnet. Viel Lärm ist von ihnen seit jener Zeit geschlagen, die Regierung und die maßgebenden Unternehmergruppen aber stellten sich taub. Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß vom 13. April d. J. scheint jedoch wieder etwas Leben gebracht zu haben, denn nunmehr wird durch die Tagespresse verkündet, daß in den nächsten Tagen durch eine neue Notverordnung die Vierzigstundenswoche für einige Berufsgruppen festgelegt werden soll. Da die Papierindustrie und das Vertriebsgewerbe schon im Vorjahr als die ersten Gruppen in Aussicht genommen waren, für die die Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt werden soll, darf man damit rechnen, daß die in Aussicht gestellte Notverordnung auch für uns die Vierzigstundenswoche bringen wird. (In einem Teil der Berliner großen Tageszeitungen ist das Vertriebsgewerbe nicht mit aufgeführt!)

Das Verstreichenlassen der kostbaren Zeit seit den vorjährigen Verhandlungen ist ein nie wieder gutzumachendes Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft, deren Arbeitslosenstand seit jener Zeit eine unfaßbare Höhe erreicht hat. Würde die Regierung im Vorjahre den ernstlichen Willen zur Verkürzung der Arbeitszeit gezeigt haben, würde sie sich weniger als Schlepptreuer des nur auf seinen Profit bedachten Unternehmertums, dagegen mehr als der Sachwalter des gesamten deutschen Volkes gefühlt haben, viele Hunderttausende zur Arbeit williger Hände wären von dem harten Geschick der Arbeitslosigkeit verschont geblieben. Heute,

nachdem die Not in der deutschen Arbeiterschaft den entsetzlichsten Tiefstand erreicht hat, soll endlich für einen Teil der Berufsgruppen versucht werden, den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen. Dabei steht von Anfang an fest, daß eine Teilaktion, wie jetzt geplant, zwar Erleichterungen bringen wird, doch eine durchgreifende Wandlung kann durch sie nicht herbeigeführt werden.

Ueber die einzelnen Bestimmungen der kommenden Notverordnung ist man zunächst noch auf Mutmaßungen angewiesen. Die Tageszeitungen berichten, daß für einen Teil der betroffenen Berufsgruppen die 48-Stunden-Woche erhalten bleiben soll, doch die Mehrarbeit von einer besonderen Genehmigung abhängig gemacht wird. Für den anderen Teil — zu dem auch die Papierverarbeitung gehören wird — soll die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt werden. Hier würde die Genehmigungspflicht zur Leistung von Mehrarbeit bereits mit der 41. Arbeitsstunde einsetzen. Die Genehmigung soll nicht gegeben werden, solange die Mehrarbeit durch Einstellung Arbeitsloser vermieden werden kann. Die Forderung der Gewerkschaften auf Lohnausgleich und der positive Zwang zu Neueinstellungen werden in der Notverordnung keine Berücksichtigung finden. Diese Tatsache kennzeichnet das Verhalten der Reichsregierung wieder einmal als unter allen Umständen gegen die erwerbstätige Bevölkerung gerichtet, der man damit eine erneute Belastung aufbürdet, die Hunderttausende von Arbeiterhaushaltungen ruinieren muß. Die Reichsregierung läßt sich bei ihrem Vorgehen von dem Gedanken leiten, daß zur Entlastung der öffentlichen Finanzen, zur Entlastung der Arbeitslosenfürsorge und in Beachtung der Unternehmerwünsche das zur Zeit vorhandene Arbeitseinkommen auf möglichst viele Arbeitskräfte verteilt werden soll. Das heißt mit anderen Worten: Die noch in Arbeit Stehenden haben dem Staat und den zur Führung der Wirtschaft unfähigen Industriekapitalisten Last und Verantwortung abzunehmen und mit ihrem gedrückten Arbeitseinkommen einen Teil der Arbeitslosen mit zu erhalten.

Der Regierung ist es zweifellos glänzend gelungen, die Arbeiterschaft in eine Situation hineinzumandrieren, die eine Verzweiflungstimmung auslösen muß. Heute wird klar erkennlich, warum im Vorjahre die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit durch die Regierungsvertreter sabotiert wurde. Erst mußte der generelle Lohndruck — durchgeführt mit Hilfe der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 —

die Arbeiterschaft zermürben, den einzelnen Arbeiterhaushalt widerstandsunfähig machen, damit dann auf dem Umweg über die Verkürzung der Arbeitszeit bei überhöhten Lebenserfordernissen das Vorkriegseinkommen herbeigeführt werden kann. So zwängte man die Arbeiterschaft in die Zange: entweder die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit preiszugeben oder für sie nochmals das Opfer einer 16%prozentigen Lohnminderung auf sich zu nehmen. Nur allzu deutlich sieht man bei diesem Vorgehen die Spekulation auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse, sieht man, wie mit dem ehrlichen Willen der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften, den Arbeitslosen zu helfen, Schindluder gespielt wird. Der arme soll dem Aermsten helfen, während der Reiche den Willen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, den Arbeitslosen zu helfen, Schindluder gespielt wird. Der arme soll dem Aermsten helfen, während der Reiche den Willen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, den Arbeitslosen zu helfen, Schindluder gespielt wird. Der arme soll dem Aermsten helfen, während der Reiche den Willen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, den Arbeitslosen zu helfen, Schindluder gespielt wird.

Unsere Unternehmer laufen selbstverständlich unentwegt Sturm gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Nicht nur, daß sie in den Ministerien ein- und ausgehen und den zuständigen Ressortchefs fortgesetzt mit ihren Wünschen und Forderungen auf dem Nacken sitzen, sie versenden nach alter Gewohnheit auch an ihre Verbandsmitgliedsfirmen Rundschreiben, in denen zum Protest gegen die Arbeitszeitverkürzung scharf gemacht wird. Um ihrer Gefolgschaft sicher zu sein, schreiben sie die Antwort auf zwei der gestellten fünf Fragen gleich vor. Da die Fragebogen zur Weitergabe an die Regierung an die Verbandsleitung zurückgefordert werden, kann kaum jemand eine abweichende Meinung äußern, sofern er sich nicht Ungelegenheiten zuziehen will. Mit solchem vorsichtig ausgebrüht — erzwungenen Material bombardiert man die zuständigen Ministerien, die das Theater dann sehr ernst nehmen sollen und es tatsächlich auch sehr ernst nehmen.

Unsere von der kommenden Notverordnung betroffenen Gewerkschaften werden durch die Art der Bestimmungen in eine schwierige Situation gedrängt. Für unseren Verband wird der am 22. Mai beginnende Verbandstag hierzu Stellung nehmen und seine Haltung klar festlegen müssen.

Endlich Arbeitsbeschaffung?

Die Forderung nach planmäßiger Arbeitsbeschaffung durch den Staat — die erst vom außerordentlichen Gewerkschaftskongreß am 13. April erneut aufgestellt worden ist — wird nunmehr doch eine Teillösung finden. Das Reichskabinett will endlich nach monatelangen Verzögerungen und Verschleppungen den Weg gehen, den die Gewerkschaften und — im Parlament — die Sozialdemokratische Partei ihr gezeigt haben. Vorerst ist bekanntgeworden, daß durch eine Prämienanleihe die Mittel für eine größere Arbeitsbeschaffungssaktion gesucht werden sollen.

Diese Prämienanleihe ist bereits vom Reichsrat genehmigt worden. Sie soll den Zweck haben, für Siedlungen, Urbarmachung von Niedlandereien, für die Beschäftigung Jugendlicher und für sonstige Arbeitsbeschaffung die materielle Grundlage zu schaffen. Die Anleihe soll nach oben nicht begrenzt werden. Durch sie sollen Arbeiten ermöglicht werden, die in der Hauptsache den Außenindustrien Beschäftigung geben. Gedacht wird dabei nach den Mitteilungen in der Tagespresse an großzügige Hausreparaturen beim Altbest, wofür man nach den bisher gemachten Erfahrungen einen finanziellen Gesamtaufwand von 200 Millionen Mark annimmt. Dann soll im Osten in erhöhtem Maße gesiedelt und das bisher durchgeführte Programm der Stadtrand siedlung verdoppelt werden. Man nimmt an, daß dazu wiederum je 100 Millionen Mark erforderlich sein werden. Weiter sollen die landwirtschaftlichen Meliorationen nach früheren Vorschlägen 300 Millionen Mark erfordern. Dann wird an die Durchführung der in den letzten Jahren allzusehr vernachlässigten Straßenerneuerungen gedacht, an die Fortführung bereits begonnener Kanal- und Uferbauten, an die Reparatur von Brücken und Ueberführungen. Diese Bauten sollen einen Finanzbedarf von 400 Millionen Mark erfordern. Da außerdem durch russische Wechselanleihen einige hundert Millionen öffentliche Garantiesummen frei werden, sollen besonders angesichts der ungeheuer schwierigen handelspolitischen Lage diese Garantien von neuem entsprechende Aufträge für Rußland zur Ausführung reif machen. Faßt man alle Positionen zusammen, dann kommt man zu einer Summe von 1 bis 1½ Milliarden Mark, die das Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm insgesamt umfassen dürfte.

Werden die hier geplanten Arbeiten baldigst in Angriff genommen und voll durchgeführt, dann kann die damit verbundene Entlastung des Arbeitsmarktes sehr wohl weitere Arbeitsmöglichkeiten erschließen. Wir bewerten die in Aussicht gestellten Maßnahmen als einen Anfang.

Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

Verhandlungen über den VDB-Vertrag und über den Reichsattfordlohn tarif.

Wie wir bereits in Nr. 15 der „Buchbinder-Zeitung“ mitteilten, ist sowohl der Reichsmantelvertrag für das deutsche Buchbinder-gewerbe (VDB-Vertrag), als auch der Reichsattfordlohn tarif durch den Unternehmerverband gekündigt worden.

Die beiderseitigen Abänderungsanträge sollen entsprechend einer Vereinbarung mit den Unternehmern am 13. Mai gegenseitig ausgetauscht werden. Ueber die Anträge zum Reichsattfordlohn tarif sollen die Verhandlungen am 30. Mai in Leipzig beginnen. Man rechnet damit, daß diese Verhandlungen bis zum 4. Juni zu Ende geführt werden können.

Im Anschluß hieran ist dann in Aussicht genommen, die Verhandlungen über die Anträge zur Abänderung des Reichsmantelvertrages zu führen.

Buchdruckerbuchbinder.

In Ergänzung unserer Mitteilung in der letzten Nummer unserer Zeitung können wir heute berichten, daß im Buchdruck neue Verhandlungen der Vertragsparteien für den 10. Mai vereinbart worden sind. Im Anschluß an diese Verhandlungen über den Buchdruckervertrag soll dann über den Hilfsarbeitervertrag verhandelt werden. Bevor es nicht im Buchdruck selbst zu einer Klärung der Sachlage gekommen ist, wird es für unsere Druckereibuchbinderkollegen beim jetzigen Zustand bleiben.

Der Arbeitsmarkt im April.

Die Arbeitslosenziffer zeigt im April eine weitere Steigerung auf 43,9 Proz. gegenüber 42,3 Proz. im Vormonat. Zum Teil ist aber diese Steigerung nur bedingt durch einen Rückgang der Mitgliederziffern, die bei den Kollegen um 500, bei den Kolleginnen sogar um 1500 sank. Die absolute Zahl der arbeitslosen männlichen Mitglieder stieg von 7769 oder 42,4 Proz. auf 8023 = 44,9 Proz., so daß also nahezu die Hälfte aller männlichen Mitglieder völlig arbeitslos ist. Die Arbeitslosenziffer der weiblichen Mitglieder ging wohl von 13 240 auf 12 972 zurück, weist jedoch im prozentualen Verhältnis durch den Mitgliederrückgang eine Steigerung von 42,2 auf 43,3 Proz. auf. Insgesamt waren am Stichtag Ende April 75 Proz. der Mitglieder völlig oder teilweise arbeitslos.

Ein Vergleich der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten und vor einem Jahre zeigt folgendes Bild. Es waren vorhanden:

1931	Arbeitslose	Kollarbeiter
Januar	14 407 = 25,5 %	18 687 = 33,0 %
Februar	14 564 = 25,9 %	20 802 = 37,0 %
März	14 476 = 25,9 %	20 426 = 36,5 %
April	15 050 = 26,9 %	17 956 = 32,3 %
1932		
Januar	20 150 = 39,7 %	16 748 = 33,0 %
Februar	20 712 = 41,3 %	16 154 = 32,2 %
März	21 009 = 42,4 %	15 873 = 31,9 %
April	20 995 = 43,9 %	14 701 = 30,8 %

Die in den letzten Monaten vorgenommene besondere Bearbeitung der zehn größten Zahlstellen zeigt im wesentlichen das gleiche Bild wie im Vormonat. Den besten Beschäftigungsgrad zeigen noch immer München und Hamburg mit 50 bzw. 40 Proz. Kollarbeitern und den schlechtesten Stand des Arbeitsmarktes Dresden und Leipzig mit 5 bzw. 8 Proz. Kollarbeitern.

Im einzelnen entfielen in den nachstehend aufgeführten zehn Zahlstellen auf 100 Mitglieder:

	Mitglieder	März 1932			April 1932		
		Koll.	Koll.	Koll.	Koll.	Koll.	Koll.
1. Berlin	9029	50	21	29	50	19	31
2. Leipzig	6732	47	47	6	50	42	8
3. Dresden	2773	39	61	—	40	55	5
4. Hamburg	2127	45	14	41	47	13	40
5. Hannover	1470	40	21	39	42	30	28
6. Bielefeld	1001	39	21	40	37	28	35
7. Stuttgart	1818	36	52	12	37	38	25
8. München	1591	29	18	53	28	22	50
9. Nürnberg	1548	53	25	22	53	25	22
10. Frankfurt a. M.	786	38	51	11	41	48	11

Ebenso starke Differenzen zeigt der Arbeitsmarkt in 20 mittelgroßen Zahlstellen mit zusammen 8555 = 17 Proz. der Mitglieder. Während Braunschweig, Düsseldorf und Magdeburg noch 72 bzw. 69 und 50 Proz. Kollarbeiter verzeichnen, ist in Eisenberg, Grimma und Würzen die gesamte Mitgliedschaft arbeitslos oder arbeitet verkürzt. Pahr, Breslau und Karlsruhe haben nur 2 bzw. 3 und 4 Proz. Kollarbeiter. In Annaberg-Buchholz und Wuppertal sind 10 Proz. der Mitglieder voll beschäftigt und in Acherseleben 15 Proz. Acht weitere Zahlstellen mit zusammen 2800 Mitgliedern weisen noch 26 bis 47 Proz. Kollarbeiter auf.

Die Konjunkturberichte aus den Betrieben lassen das selbe trübe Bild erkennen. 13 Proz. gut Beschäftigten standen 53 schlecht Beschäftigte gegenüber.

Der Mitgliederstand ist um rund 2000 zurückgegangen, und zwar von 49 703 auf 47787.

Die Jugend der Großstadt.

„Es scheint leichter zu sein, Einblick in die Gestaltung des Familienlebens bei den antiken Völkern oder bei primitiven Volksstämmen zu erlangen, als in das Familienleben der modernen Kulturtreffe“, stellt Alice Salomon in einer Einführung zu „Forschungen über Bestand und Erhaltung der Familie in der Gegenwart“ fest. Sie hat gar nicht so unrecht damit, denn die Vorgänge in der Familie werden zumeist vertraulich behandelt. Die Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit hat sich die lobenswerte Aufgabe gestellt, eine Schriftenreihe über das Familienleben der Gegenwart herauszugeben, in der als IV. Band eine Arbeit von Günter Krolzig „Der Jugendliche in der Großstadtfamilie“ vorliegt. Dieser Band enthält eine außerordentlich wertvolle Materialsammlung, in der über 2000 Niederschriften Berliner Berufsschüler und -schülerinnen verwertet worden sind. Wenn sich die Untersuchung auch nur auf einen Kreis von Berufsschülern in Berlin beschränkt hat und deshalb nicht als allgemeingültig angesprochen werden kann, dann geben doch die Niederschriften einen Einblick in die Familiensituation. Auch das Ergebnis ist so, wie wir es von einer sachlichen Untersuchung erwarten mußten: Es bestehen noch wertvolle Familienbeziehungen, doch es kann nicht geleugnet werden, daß auch die gefährdete und zerrüttete Großstadtfamilie eine Wassererschneidung geworden ist, für die in erster Linie die ungünstigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Schuld tragen.

Unter den sozialen Faktoren, die zur Zerrüttung der Familie beitragen, muß zuerst die Wohnungsnot genannt werden. Nicht alle Jugendlichen haben die Wohnungsfrage in ihren Niederschriften erwähnt, doch bei allen spielt sie eine große Rolle. Ein Lehrling schreibt:

„Unsere Wohnung liegt in einer Fabrikstraße, im Hinterhaus vier Treppen hoch, und umfaßt eine Küche und eine Stube, sowie ein Klosett. Aus Platzmangel können wir nur zwei Betten aufstellen, müssen also dauernd zusammenschlafen, was immer unerträglich wird. Man kann sich, wenn man den ganzen Tag gearbeitet hat, nicht einmal richtig ausschlafen.“

Zu einer sozialen Anklage wird die Niederschrift eines anderen Lehrlings:

„Der Staat tut viel für die Jugend, aber den Kernpunkt, die Wohnung, vergißt er. Da wohnen wir mit vier Mann in Stube und Küche. Und was für eine. Vor dem Fenster ist eine große Mauer und ein dumpfer „Garten“, so daß die Wohnung so wie ein Gefängnis ist, dunkel, stickig und soll sie womöglich gemütlich sein. Wir brennen den ganzen Tag Licht und ich bin zufrieden, wenn ich rausgehen kann.“

Eine solche Wohnung muß den Familienzusammenhang zerstören. Ein anderer Lehrling berichtet:

„Unsere Familie besteht aus fünf Personen. Wir haben eine Küche und nur eine Stube. Da wir sehr eng wohnen, so treiben wir uns meistens außerhalb herum.“

Und ein anderer:

„Fünf Personen müssen in einer kleinen Stube schlafen und der Vater in der Küche. Die Kammer ist gar nicht zu benutzen, wegen der schlechten Luft, denn sie hat auf dem Dach ein kleines Fenster, wo keine Luftklappe ist. Ich bin lieber beim Meister als zu Hause.“

Auch die Statistiken des Reichsausschusses für Jugendpflege haben die schlimmen Verhältnisse enthüllt, in denen ein großer Teil der proletarischen Jugend zu wohnen gezwungen ist. Wie viele gibt es, die nicht allein in einem Bett schlafen können! Die Wohnungen sind überfüllt. „Durch dieses Auf-

einanderhocken fühle ich mich zu Hause nicht wohl.“ Einige klagen darüber, daß die Wohnungen feucht und dunkel sind, und ein Buchbinderlehrling schreibt: „Wenn in der Hofschlächterei Buletten gebraten und Wurstsuppe gekocht wird, kommt mir der Kaffee von der letzten Einsegnung hoch.“

Zur Wohnungsnot kommt dann noch bei vielen die wirtschaftliche Not. Der Vater ist arbeitslos: „Wie lange wird Vater noch ohne Arbeit sein? Eine Frage der Zeit.“ Wie schlimm die Existenzunsicherheit viele Familien bedrückt, dafür nur die Niederschrift eines Lehrlings als Zeugnis:

„Mein Vater ist Buchhalter, Mutter und Schwester nähen Bettwäsche. Bei uns ist augenblicklich eine bedrückte Stimmung, da mein Vater gekündigt wurde. Er war von 24 bis 27 stellunglos. Dann hat er ein Jahr gearbeitet und wurde wieder gekündigt. Er ging 4 Monate stempeln und arbeitete 7 Monate bis jetzt, wo er wieder stellunglos ist. Was nun werden soll, wissen wir nicht.“

Es läßt sich denken, wie leicht Arbeitslosigkeit oder geringer Verdienst zu einem Konfliktstoff in der Familie werden kann. Eine junge Arbeiterin schreibt darüber: „Ich erhalte oft Vorwürfe über meinen Verdienst.“

Besonders groß wird die Not in der proletarischen Familie, wenn ein Familienmitglied krank wird; noch schlimmer sieht es in Trinkerfamilien aus. Infolge des übermäßigen Alkoholgenußes bringt der Vater am Lohnstage kein Geld nach Hause. Es kommt zu Streitigkeiten und zu Mißhandlungen. Was für eine Familientragödie muß ein Lehrling schildern:

„Mein Vater ist Alkoholiker und leicht reizbar. In seinem Zehnjorn schlägt er oft die Wohnungseinrichtung in Klump. In den fünfzehn Jahren, die meine Eltern verheiratet sind, hat er siebenmal die Einrichtung zerflogen.“

In solchen Fällen trägt die Mutter die ganze Arbeitslast für die Erhaltung der Familie. Ueberhaupt kann man feststellen, um wieviel größer der Einfluß der Mutter als der des Vaters in der Familie ist. Typisch dafür ist die Äußerung eines Lehrlings:

„Mit der Mutter steht man sich wie gewöhnlich am besten. Denn es ist ja schon eine alte Regel, die Herrn Vaters wollen immer alles besser wissen, wie ihre Söhne. Mit dem Gummknüttel möchten sie die Sache immer gleich ausgleichen, wenn es ginge.“

Eine Anzahl Niederschriften können allerdings über gute Beziehungen zwischen Vater und Sohn berichten. Man kann ungefähr drei Gruppen von Jugendlichen unterscheiden: familiär gebundene Jugendliche, ferner solche mit gespannten und mit gelösten Familienbeziehungen.

Die Familie erfüllt in vielen Fällen ihre erzieherischen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr. Die Sozialpolitiker und Jugendpfleger müssen deshalb helfen, die dringendsten Nöte der Jugendlichen in der Großstadt zu beseitigen. Auch die Arbeiterorganisationen können helfen und ihren Einfluß auf die Freizeitgestaltung geltend machen. Dann braucht der Jugendliche nicht zu resignieren, sondern er wird zum Mitkämpfer wie jener Lehrling, der geschrieben hat:

„Man darf auch nicht gleichgültig werden und sagen, man muß es nehmen, wie es kommt. Nein! Ich werde kämpfen, solange ich lebe, für das internationale Proletariat.“ —r.

INTERNATIONALES

Mitgliederzunahme in der Schweiz.

Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, die trotz Wirtschaftskrise über einen Aufschwung des Mitgliederstandes berichten können. Als besonders günstig werden im Jahresbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes die drei graphischen Verbände der Buchbinder, Buchdrucker und Lithographen erwähnt, wobei von den letzteren noch besonders festgestellt wird, daß sie auf dem besten Wege zur 100prozentigen Erfassung der Berufsangehörigen sind.

* * *

Polen.

In Polen sind die Buchbinder im Verband der Buchdrucker organisiert, sie werden aber besonders gezählt. Jetzt wird berichtet, daß die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes von rund 5500 auf 4900 zurückgegangen ist, die der Buchbinder von 900 auf 674. Dieser Mitgliederverlust trat besonders in den kleineren Orten ein, die im Jahre zuvor erst organisiert worden waren. Die Arbeitslosigkeit belief sich im Durchschnitt auf 25 Proz. der Mitglieder, erreichte jedoch in den erwähnten kleinen Orten auch 50 Proz.

Betriebsräte sind ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens.

In den wichtigsten Industrieländern Europas wirken die Betriebsräte schon länger als ein Jahrzehnt. Still und unablässig sind sie als Beauftragte der Arbeiterschaft in den Betrieben tätig, um die Interessen der Belegschaft den Unternehmern gegenüber zu vertreten, die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu überwachen, die Anwendung der Arbeitsschutzgesetze und Unfallverhütungsvorschriften zu beaufsichtigen und bei den Entlassungen mitzuwirken. Alljährlich wird hier eine Unsumme von Arbeit geleistet, die nach außen nicht in die Erscheinung tritt und die doch so wichtig für die Arbeiterschaft im Betriebe ist. Die Betriebsräte sind aus dem sozialen Leben nicht mehr wegzudenken. In seinem Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz sagte der am 7. Mai plötzlich verstorbene Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas: „In Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Luxemburg und Estland hat die Einrichtung der Betriebsräte tatsächlich Wurzel gefaßt. Es darf gesagt werden, daß sie fortan zum wirtschaftlichen und sozialen Gebäude dieser Länder gehört. Die Arbeiterschaft hält an ihr als einer wesentlichen Erwerbschaft fest.“

Leder und Ledererfassungstoffe.

Vom Reichsausschuß für Lieferbedingungen wird mitgeteilt, daß in Verbindung mit den zuständigen Fachverbänden und Lederherstellern und -verarbeitern, mit dem Lederhandel und den Verbrauchern eine Vereinigung des Ledermarktes durch Schaffung einheitlicher Bezeichnungsvorschriften für Leder angestrebt wird. Als Ergebnisse dieser auf Vereinfachung und Vereinheitlichung, auf praktische Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, auf Verbraucherschutz usw. gerichteten Arbeit sind vor allem die Bezeichnungsvorschriften für Leder und die daraus hergestellten Waren bekannt geworden.

Neuerdings sind nun „Bezeichnungsvorschriften für die Abgrenzung des Begriffes Leder gegenüber Ledererfassungstoffen (R M Nr. 060 A)“ herausgekommen, die die Bezeichnung „Leder“, „Ledererfassung“ und „Kunstleder“ scharf umreißen. Diese Vereinbarung (zu beziehen durch den Beuth-Verlag, Berlin S 14 zum Preise von RM. 0,20) wird für die gesamte Wirtschaft sehr bald praktische Bedeutung erlangen, da sie durch Unterschriftleistung der maßgebenden Spitzenverbände mit ihren Unterverbänden, der Verbände der Erzeuger, Verarbeiter und Verbraucher, der Behörden, sowie der einschlägigen Industrie- und Handelskammern, zum „freiwilligen Gesetz der Wirtschaft“ geworden ist. Nach diesen Vorschriften dürfen Phantasienamen, Fabrikmarken für Ledererfassung und Kunstleder in alleiniger Verbindung mit dem Wort Leder nicht mehr gebraucht werden. Als Leder darf nur ein

Wertstoff bezeichnet werden, der aus der ungespaltene tierischen Haut durch Gerben oder Imprägnieren unter Erhaltung der gewachsenen Fasern in ihrer natürlichen Verflechtung hergestellt ist. Demgemäß müssen alle lederähnliche Eigenschaften aufweisenden oder nachahmenden Wertstoffe, die die genannten Merkmale nicht besitzen, in Wortverbindungen mit Leder ausdrücklich als Ledererfassung oder Kunstleder bezeichnet werden. Andere Wortverbindungen mit Leder sind für derartige Wertstoffe für die Folgezeit unzulässig.

Zum Verbandstag.

Der diesjährige Verbandstag befindet sich ohne Zweifel in einer schwierigen Lage, will er die Finanzen des Verbandes ins Gleichgewicht bringen. Der letzte Verbandstag hat in bezug auf die Unterstützungen mit vollen Händen gegeben und unsere ältesten Mitglieder, die jetzt arbeitslos werden, haben insofern den Nachteil, daß sie sich mit einer abgebauten Unterstützung zufrieden geben müssen, obwohl sie vielleicht die höchste Beitragszahl aufzuweisen haben. Da wir vor dem Düsseldorf-Verbandstag die damals größte Krise im Jahre 1926/27 hinter uns hatten, mußte man vorsichtiger sein und damit rechnen, daß ähnliche Krisen durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung wiederkommen. Es geht leider allen Organisationen so (Krankenkassen, Sportverbänden usw.), wenn zur Zeit einer Statutenerneuerung ein der Verhältnissen entsprechend ansehnlicher Kassenbestand vorhanden ist, dann befürchtet man überhaupt nichts. Solche Kurzsichtigkeit rächt sich später sehr schnell. Trotzdem kann eine entschlossene Leitung rechtzeitig zum Wohle des Ganzen eingreifen, ehe der Trümmerhaufen da ist. Man muß mit Nüchternheit auf solchen wichtigen Tagungen den Rechenstift zur Hand nehmen und nicht den „schönen Ferdinand in den neuen Hosen“ spielen, um dann mit geschwollener Brust nach Hause zu kommen und zeigen, was für tüchtige Säbne auch Eier legen können.

Bei der Arbeitslosenunterstützung ist der Darmstädter Antrag eigentlich der gerechteste in der Aufteilung der Tages- und Höchstätze. Auch der Chemnitzer Antrag bewegt sich auf ähnlicher Grundlage. Es muß einmal Schluß damit gemacht werden, daß ein Mitglied in einer Beitragsklasse nach dem ersten Jahre genau soviel Tage an Unterstützung beziehen kann (5. Klasse mit 150 Tagen angenommen) wie ein Mitglied mit 20 und noch mehrjähriger Mitgliedschaft. Gerade die Jahresberichte beweisen, was da an Unterstützung gegenüber der Beitragsleistung herausgeholt wird. Die einjährigen Mitglieder verschwinden oft schneller als sie gekommen sind, weil der eingezahlte Beitrag um Vielfache herausgeholt und auf lange Sicht bei der jetzigen Wirtschaftslage nichts mehr zu erben ist, während die älteren Mitglieder aus Ueberzeugung bei der Organisation bleiben.

Auch als Agitationsmittel haben sich die auf dem letzten Verbandstag beschlossenen hohen Unterstützungssätze nicht ausgewirkt. Sehen wir andere Verbände an, die uns gegenüber ihre Mitgliederzahlen gut steigern konnten. Ende Juni 1928 bis Jahreschluß 1929 hatten auch wir 3500 Mitglieder gewonnen. Und jetzt, trotz der ausgebauten Unterstützungen und noch verhältnismäßig günstigen Tarife? Hier den Ursachen nachzugehen, ob in puncto Agitation alles getan worden ist, könnte sich lohnen.

Ein weiteres Kapitel ist die Invalidenunterstützung. Nehmen wir das Statut zur Hand und sehen uns die Tabelle an, vergleichen die höchste Karenzzeit mit 780 Beiträgen als Grundlage, dann kann ein invalides Mitglied in fünf Monaten den Teil an Unterstützung herausbeziehen, den es in 15 bis 30 Jahren eingezahlt hat, die verfallenen Inflationsbeiträge mit eingerechnet. Daß einzelne Mitglieder bei der Invalidenunterstützung nicht in Anspruch nehmen können wegen vorzeitigen Ablebens, ist noch lange keine geeignete Grundlage zum Ausbau einer so weit gehenden Unterstützungseinrichtung. Kein anderer Verband hat eine so günstige Staffelung und solche Endsummen wie wir.

Einige Worte zu unserer Zeitung. Unter den Anträgen ist der Wunsch ausgesprochen, diese besser auszugestalten und auszubauen. Auf vier Seiten ist, von Kleinstigkeiten abgesehen, nicht viel mehr zu drucken, die Karten benötigen geht schlecht. Unsere Zeitung ist seit 1925 eine gute zu nennen; die Gliederung in verschiedene Unterabteilungen, das hervor-

Gelesene Nummern

der „Buchbinder Zeitung“

gibt man an seine unorganisierten Kollegen weiter

Berichte.

heben besonderer Anteil war gut überfichtlich. Was kann der Redakteur dafür, wenn ihm der Platz geschnürt wird, um Kosten zu sparen? Hier gilt es schon, bessere Vorschläge zu machen. Ob es gut ist, die Zeitung als Bindeglied zum Mitglied so kurz zu halten, muß verneint werden. Viele Kurzarbeiter und Arbeitslose können sich keine Tageszeitung mehr halten, hier ist die Gewerkschaftszeitung Leitlinie für die ganze Familie. Etwas bleibt immer hängen. Die Lust, die jetzt oft in der Zeitung ist, muß fortfallen; sehen wir die Organe unserer Bruderorganisationen an, dort ist der Platz besser ausgenützt. Die Jugend, unsere Zukunft, hat jetzt nichts von der Zeitung, sie will aber auch sich sprechen hören. Genau so ergeht es den anderen Interessenten, ob das Betriebsräte sind oder die Kolleginnen, oder für die Arbeitslosen die Sozialversicherung. Alles wird so notwendig gebraucht und ist nicht mehr da. Vielleicht wäre es möglich, die Zeitung jetzt wenigstens sechsfach, wenn technisch nicht möglich, alle zwei Wochen achtfach erscheinen zu lassen unter starker Kürzung der Versammlungsberichte. In den Zahlstellen dürfen keine Zeitungen liegen bleiben, werden diese nicht abgeholt, sind die Auflagen zu ermäßigen, auch hier würde schon einiges erspart. Beim Einbruch der Krise die Unterführungen der Zeit entsprechend zu regeln, war richtiger, als die Dinge ihren Lauf gehen zu lassen und immer nur von der Substanz zu zehren, das hat nämlich auch einmal sein Ende. Von den Einsparungen konnte bestimmt ein Teil der Zeitung zugute kommen.

Ferien an der Ostsee.

Durch die wirtschaftliche Not werden viele auf eine Ferienreise verzichten müssen, doch alle diejenigen, die sich eine solche noch leisten können, sollten in diesem Jahre die Erholungsheime der Arbeiterschaft in Anspruch nehmen. Diese Heime müssen der schweren Wirtschaftskrise wegen schon mit einer verringerten Besucherzahl rechnen. Es ist deshalb Pflicht der reisenden Arbeiterschaft, speziell die idealen Schöpfungen der Arbeiterbewegung auch für kommende Zeiten zu erhalten. Dazu tragen alle Besucher unserer Eigenheime bei.

Den graphischen Gewerkschaften steht das schöne Ostseeheim der „Ferienheimstätten - Genossenschaft Gutenberg“ in Graal zur Verfügung. Das Heim ist bis Ende September geöffnet. Der Aufenthaltspreis ist den örtlichen Verhältnissen nach gering bemessen. Je nach der Lage des Zimmers wird eine Miete pro Bett und Tag von 1,50 bis 2 Mt. erhoben; für Kinder von zwei Jahren aufwärts sind 50 Pf. pro Tag zu zahlen. Für die Verpflegung werden pro Tag und Person 3 Mt., für Kinder von 10 bis 14 Jahren ebenfalls 3 Mt., von 6 bis 10 Jahren 2 Mt. und von 2 bis 6 Jahren 1,50 Mt. berechnet. In den Mietbetrag sind die Kosten für Bettwäsche und elektrisches Licht einbezogen. Die Mahlzeiten werden in einem schönen, in freundlichen Farben gehaltenen Speisesaal gemeinsam eingenommen. Besondere Bedienungsgelder werden nicht erhoben.

Das Ostseebad Graal liegt an der Bahnstrecke Rostock-Rövershagen-Mirisch. Eine prächtige waldbreiche Umgebung gibt dem Ostseebad Graal den besonderen Reiz. Schöner alter Hochwald bietet Gelegenheit zu stundenlangen Wanderungen. Der herrliche breite Strand ist ein wunderbarer Tummelplatz für die badefreudigen Gäste. Der Aufenthalt in Graal ist zu jeder Jahreszeit empfehlenswert. Die schönen, ausgedehnten Waldungen bieten selbst bei weniger gutem Wetter noch genügend Schutz, um Spaziergänge und größere Ausflüge zu unternehmen. Gelegenheit zu Bootfahrten und Dampferausflügen ist ebenfalls vorhanden. Zahlreiche anerkennende Zuschriften unserer Gäste beweisen immer wieder, wie angenehm befriedigt sie durch den Aufenthalt in unserem Heim und in Graal selbst gewesen sind.

Durch die Verbilligung der Eisenbahntarife tritt in diesem Jahre auch eine Erleichterung für Urlaubsreisende ein. Ab 1. Juni werden besondere Rückfahrkarten für Urlaubsreisende ausgegeben.

Bewerbungen für die Aufnahme in unserem Ferienheim in Graal sind zu richten an die „Ferienheimstätten - Genossenschaft Gutenberg“, Berlin S 42, Luisenufer 37. Allen Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Breslau. Am 23. April fand unsere Vierteljahres-Mitgliederversammlung statt. Genosin Revenkow hielt ein Referat über „Der Kampf um die Macht in Preußen“. Wir haben nach dem Kriege viel gewonnen, allerdings auch wieder verschiedenes davon verloren. Aber eines haben wir uns nicht rauben lassen, und zwar den vielumkämpften Achtstundentag. Das neue Preußen, das uns die Rechtsparteien versprechen, sieht anders aus als das jetzige. Die Referentin erinnert auch daran, daß es mit den freien Gewerkschaften vorbei sei, wenn die Nationalsozialisten ans Ruder kommen. Das beste Beispiel bietet Italien. Die Frauen werden in einem solchen Staat zu Sklavinnen degradiert und nur noch als Gebärmaschinen gewertet. Rednerin erinnerte an das Dreiklassenwahlrecht vor dem Kriege, an die Gefährdung und anderes. Im Vergleich zur Vorkriegszeit sind wir heute in verschiedenen Beziehungen besser gestellt. Erinnert wurde vor allem an das Wohnungs- und Siedlungswesen. Gewiß könnte auch im heutigen Preußen noch vieles besser sein, doch wenn es dies noch nicht ist, dann zum größten Teil durch unsere eigene Schuld. Wollen wir das erobern, was wir noch wünschen, dann heißt es, gegen den Faschismus kämpfen. Reicher Beifall belohnte die Referentin für ihre Ausführungen.

Zum Geschäfts- und Kassenbericht gab Kollege Nippert einige Erläuterungen. Wohl haben wir in unserer Zahlstelle noch 400 Mitglieder, doch nur ein Bruchteil davon ist infolge der großen Arbeitslosigkeit noch Beitragszahler. Der Bestand der Lokalkasse ist im vergangenen Quartal weiter zurückgegangen, ein Zustand, der zu weiterer Drosselung der ohnehin schon verringerten Ausgaben zwingt. Es ist mehr als je notwendig, daß sich auch der letzte Arbeitnehmer in unserem Beruf organisiert. Denn je größer die Zahl der Organisierten, um so stärker ist die Schlagkraft der Gewerkschaften.

Kollege Klar erstattete den Kassenbericht, der wirklich nicht rosig ausfiel. Kollege Nippert erinnert noch an den 1. Mai und forderte zur reiflichen Beteiligung an der Demonstration auf.

Da Kollege Klar am 30. April als Angestellter der Zahlstelle auswich, wurde dieser Abend dazu benutzt, um Abschied von ihm zu nehmen. Nach dem Vortrag zweier Musikstücke durch die Arbeiter-Mandolinisten widmete Gauleiter Kollege Bruck dem scheidenden Kollegen gedankliche Worte. Er erinnerte daran, daß es nach Kriegsende durch das Ansteigen der Mitgliederzahl notwendig wurde, eine zweite Kraft für Breslau und den Gau Schlesien anzustellen. So wurde Kollege Klar im Januar 1920 nach Breslau berufen. Im Laufe der Jahre haben sich bei dem Kollegen Klar verschiedene Weiden eingestellt, die ihn zwingen, im Alter von 62 Jahren sein Amt niederzulegen. Kollege Klar ist während seiner Dienstzeit allen an ihn gestellten Anforderungen voll und ganz gerecht geworden. Aus diesem Grunde sehen wir ihn nach 27jähriger Dienstzeit für den Verband nur ungenügend scheidend. Wir danken ihm für die von ihm geleistete unermüdete Arbeit und wünschen ihm noch recht viel gesunde und frohe Jahre. Kollege Klar dankte für die ehrenden Worte sowie für die Mitarbeit der Funktionäre und den am heutigen Tage erschienenen Mitgliedern. Ein gemütliches Tanzchen hielt die Mitglieder noch bis Mitternacht zusammen.

Dresden Unsere am 27. April stattgefundene Generalversammlung für das erste Quartal, die trotz einer sehr umfangreichen und für jedes Mitglied interessanten Tagesordnung sehr mäßig besucht war, befaßte sich in ihrem wichtigsten Teil mit dem kommenden Verbandstag. Ein kurzer Bericht vom Chemnitzer Gautag durch Kollegen Quaes und anschließend ein Referat vom Kollegen Scheibe über die allgemeine Bedeutung des Verbandstages und Stellungnahme zu den Anträgen nahm den größten Teil der Zeit, die einer Versammlung zur Verfügung steht, in Anspruch. Mit Rücksicht auf den eingeschränkten Umfang unserer Zeitung wird hier auf den Gautagsbericht des Gau Sachsen in Nr. 20 der „Buchbinder-Zeitung“ hingewiesen. Dennoch muß hier ganz besonders die vom Gautag einmütig gefasste Entschlieung hervorgehoben werden, die auch von unserer Versammlung als richtig bezeichnet wurde, übrigens aber mit Spannung auf die Begründung gewartet wird, da sich niemand die Gründe, die die Antragsteller zur Eingabe des Antrages 162 veranlaßt haben, denken und begreifen kann.

Recht interessant waren die Ausführungen über die allgemeine Bedeutung des Verbandstages. Die einleitende Schilderung der einzelnen Verbandstage seit 1910, verglichen mit den jeweiligen wirtschaftlichen Konjunkturschwüngen in jeder einzelnen dieser Zwischenperioden ließ recht deutlich erkennen, daß in den letzten zwei Jahrzehnten bei Fällung von wichtigen Entscheidungen der Blick in die Zukunft des

öfteren durch wirtschaftliche wie auch politische Störungen getrübt und verschleiert war. Der in den letzten Jahren erfolgte Aufbau und die enormen Leistungen in dieser anhaltenden Wirtschaftskrise durch den Verband muß natürlich ohne weiteres anerkannt werden. Aber ebenso müssen rechtzeitig gegebene Anregungen, die auf zeitensprechende Änderungen drängten, als vorsehend betrachtet und der oberste Grundfah, nämlich die Schlagkraft des Verbandes zu erhalten, als wichtigste Aufgabe immer in den Vordergrund gestellt werden. Ein Abweichen wird sich stets bitter rächen. Die wirtschaftliche Lage ist inzwischen noch schlechter geworden. Eine Besserung ist zurzeit noch nicht ersichtlich, im Gegenteil lassen die Resultate der letzten Wahlen viel eher auf eine Verschärfung der Lage schließen. Diese unsicheren Verhältnisse zwingen also zu erforderlichen Eingriffen, deren Notwendigkeit dem treuesten Stamm der Mitglieder auch einleuchtet.

Der weitere Teil des Referats behandelte ausgiebig die gestellten Anträge, die sich im Durchschnitt — wenn von den wenigen, die weit darüber hinausgehen und aus purer Unkenntnis der eigentlichen Lage gestellt sind, abgesehen wird — denen des Verbandsvorstandes anpassen. Doch muß betont werden, daß der Redner sich vollkommen mit der Versammlung in Einklang befand, indem er die Anträge 104 und 125 als zu hart empfand. Hier muß versucht werden, auf anderer Basis einen Ausgleich zu finden.

Daß der Verbandstag gezwungen ist, in allen unseren Unterstützungsrichtungen Abänderungen zu treffen, kam auch in der Aussprache, die von vier Kollegen jeden Alters geführt wurde, bewußt zum Ausdruck. Das lange Wartenlassen auf die doch nun unvermeidliche Venerbung wurde in sachlicher Form kritisiert, im Gegensatz zu einem Kollegen die Aufrechterhaltung der Beiratörperschaft verlangt und erfreulicherweise von einem 73 jährigen im Namen aller Dresdener Invalidenunterstützungsempfänger die Bereitschaft zur Zahlung eines monatlichen Beitrages erklärt mit der Aufforderung an die Delegierten, einen solchen Antrag einzubringen und durchzusetzen. Auch die eventuelle Einführung der sieben Beitragsklassen wurde von einem Kollegen als nicht über beizubehalten. Die Einschränkung der „Buchbinder-Zeitung“ von acht auf vier Seiten wird über empfunden, aber ein Vorschlag, wiederum von einem Kollegen, den Ausbau der Zeitung durch Aufnahme von Inseraten und deren Einnahmen zu vollziehen, wurde als abwegig und ungangbar erklärt.

In der Distussion hatten sich die Redner gegenseitig ergänzt, so daß die Referenten auf ihr Schlußwort verzichten konnten.

Der Geschäfts- und Kassenbericht lag gedruckt vor, deshalb und wegen der vorgerückten Zeit konnte davon abgesehen werden, besonders darauf einzugehen. Mit einem Hinweis auf die Waisener sowie auf das in den Händen der Mitglieder befindliche Merkblatt, in dem sie über die Richtlinien der Tarife unterrichtet werden und mit einer kurzen Erläuterung über den gegenwärtigen Stand bzw. Abschluß der Verhandlungen zum Buchdruckerarif wurde die Versammlung geschlossen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Die Lokalbeiträge sind in der Zahlstelle Oldenburg mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in Beitragsklasse

Table with 5 columns (I-V) and 2 rows (Pf., Pf.).

Abrechnungen

vom ersten Quartal 1932 gingen bis zum 10. Mai bei der Verbandskasse ein von: Königsberg —, M. = Osnabrück 300,— Mt. = Eberstadt 50,— Mt., Saarbrücken 351,75 Mt. = Plauen —, Mt. = Laßr —, Mt., Uim —, Mt. = Regensburg —, Mt.

Adressänderungen:

B = Bevollmächtigter. K = Kassierer. Dürren: B: Karl Henjeler, Waisenhausstr. 4. K: Karl Jäger, Karlstraße 11.

Der Verbandsvorstand.